

Verurteilung des russischen Angriffskrieges und unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten

Der Klub LINKS Brigittenau stellt in der Bezirksvertretungssitzung am 16.03.2022 gemäß GO BV folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich gegen den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine aus. Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich außerdem für die sofortige und unbürokratische Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine – unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft, Religion und Zugehörigkeit – aus.

BEGRÜNDUNG

In Teilen der Ukraine herrscht seit 2014 Krieg, seit 24. Februar hat Putin die Invasion auf das gesamte Land ausgedehnt. Seine Streitkräfte führen einen brutalen Angriffskrieg, bei dem tausende Zivilist*innen ums Leben kommen und mittlerweile bereits zwei Millionen Menschen flüchten mussten.

Berichten zufolge hält die russische Armee sich nicht an den Waffenstillstand zur Evakuierung von Zivilpersonen. Dadurch kann nicht gefahrlos ein humanitärer Korridor eingerichtet werden. Städte sind von der Versorgung abgeschnitten und ohne Zugang zu Wasser, Elektrizität und Essen. In der 400 000 Einwohner*innen Stadt Mariupol wurde laut Angaben ukrainischer Behörden eine Geburtsklinik zerstört. Das AKW Tschernobyl hat keine Stromversorgung mehr. In Saporischschja, dem größten Atomkraftwerk Europas, brach nach einem Beschuss Feuer aus.

Als Reaktion auf den Angriffskrieg hat die EU ihre – zuvor milden – Sanktionen deutlich verschärft und die Aufnahme von Menschen, die aus der Ukraine fliehen, erleichtert. Bei der Anwendung der EU-„Massenzstromsrichtlinie“ ist aber die Situation einiger Gruppen nicht geklärt: Menschen aus Drittstaaten mit Lebensmittelpunkt in der Ukraine, die jedoch keinen langfristigen Aufenthalt dort hatten, können diesen Schutz nicht in Anspruch nehmen. Mittlerweile häufen sich Berichte über Personen, deren Ausreise aus der Ukraine behindert wurde oder die bei der Aufnahme nachgereiht wurden. Das betrifft beispielsweise Studierende aus Drittstaaten, die nicht in Evakuierungsbusse gelassen werden. Es betrifft auch ukrainische Roma und Romnja, von denen 20 Prozent keinen Pass besitzen und staatenlos sind. Diese Diskriminierung darf bei Evakuierung und Aufnahme nicht passieren. Allen Personen, die aus der Ukraine fliehen, ist gleichermaßen Schutz und Hilfe zu gewähren.